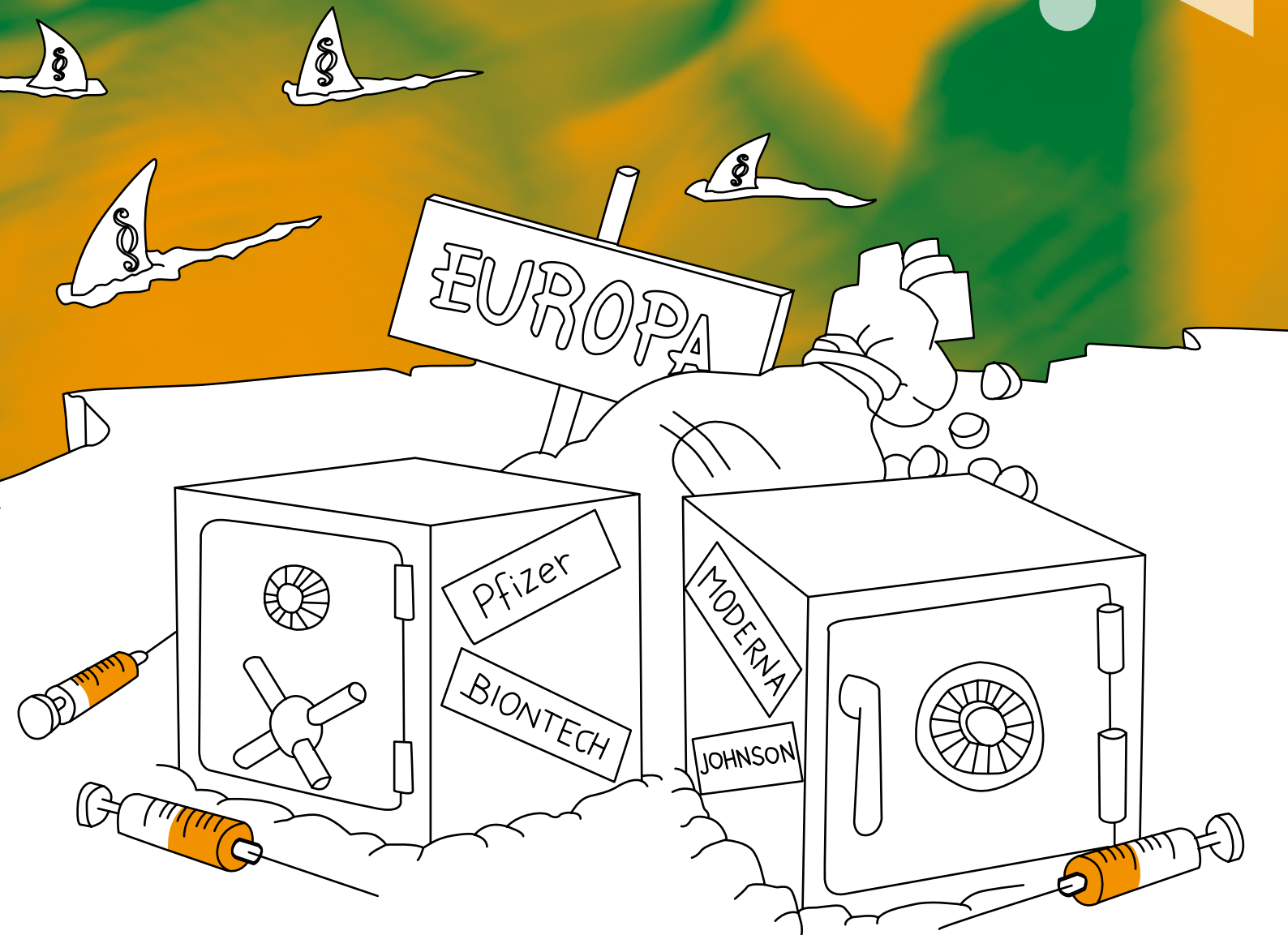


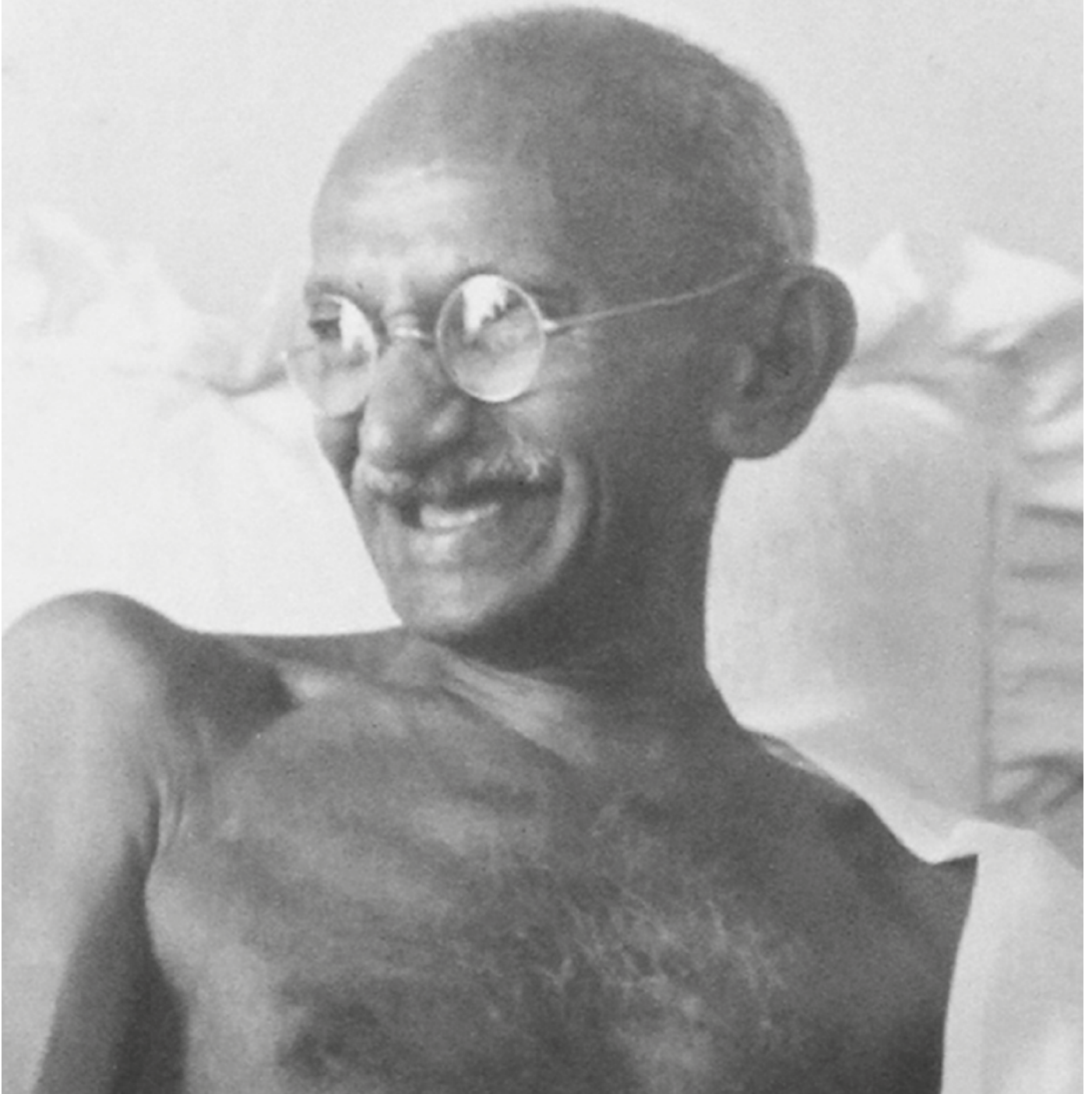
2021/2

# Attac



**Gandhi nennt die sieben sozialen Sünden:**

1. Politik ohne Prinzipien
2. Handel/Geschäft ohne Moral
3. Wohlstand ohne Arbeit
4. Bildung ohne Character
5. Wissenschaft ohne Menschlichkeit
6. Genuss ohne Gewissen
7. Religion nur in der Komfortzone



Patente freigeben – Pandemie beenden	4
Finanzbildung	5
Neues Buch: „Klimasoziale Politik“	6
Globale Mindeststeuer	7
Die Pandemie nützt den Reichsten	8
Mehr für Care!	10
Raus aus dem Klimakiller-Vertrag!	11
Entscheidungsjahr für Biodiversität	12
Endlich wieder SoAk!	13

## Impressum

Attac Österreich Magazin 2021/2

Attac Österreich  
Netzwerk für eine demokratische,  
sozial-, ökologisch- und geschlechter-  
gerechte Gestaltung der Wirtschaft  
Margaretenstraße 166/3/25  
A-1050 Wien  
Tel: 01/544 00 10  
Fax: 01/544 00 10 59  
Internet: www.attac.at  
E-Mail: infos@attac.at  
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Elisabeth Blum,  
Walarie Borowski, Wolfgang Homola,  
Anne Lange, Klara Tolnai  
grafikteam@attac.at  
Druck: gugler\* print, 3390 Melk  
Auflage: 4.500 Stück  
Für den Inhalt verantwortlich:  
Attac Österreich  
Fotos (wenn nicht anders angegeben):  
Attac Österreich  
Inseratenakquisition: Monika Stadler,  
Wilhelm Zwirner  
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-  
Schmitzberger, David Walch  
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia  
Supper-Schmitzberger  
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2021

## Liebe Freundinnen und Freunde von Attac!

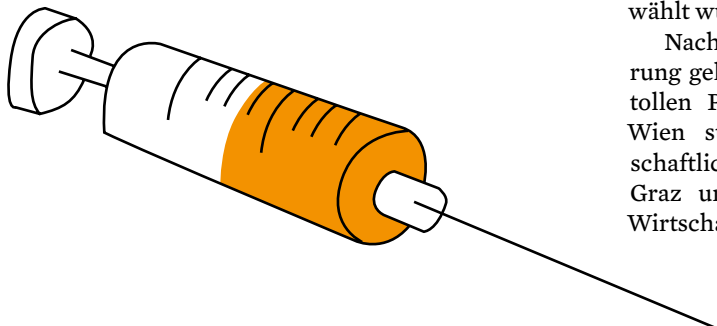
Corona hat vieles verändert, aber einiges ist gleich geblieben: Steuern und Sozialversicherungsbeiträge etwa werden weiterhin in private Gewinne verwandelt – das kann man leider sehr gut in dieser Gesundheitskrise beobachten! Dadurch bleibt weniger Geld für die Versorgung der Bevölkerung. Diesen und anderen Ungerechtigkeiten hat sich die heurige Sommerakademie gewidmet. Mit tatkräftiger Unterstützung der Stadtgemeinde Traiskirchen konnten wir in unglaublich kurzer Zeit eine Sommerakademie auf die Beine stellen, die mit Hilfe ehrenamtlicher Helfer\*innen und unserem einmaligen Büroteam ein großer Erfolg wurde. Wir sind sehr froh, dass alles so gut geklappt hat! Auch die Disziplin bei der 3-G-Kontrolle war hervorragend, und wir konnten erleichtert feststellen, dass kein Corona Fall aufgetreten ist – ein gutes Beispiel für die besondere Qualität der Attac Gemeinschaft, die uns allen Kraft gibt. Am Vorabend der Sommerakademie fand auch die Generalversammlung statt, im Rahmen derer der Attac-Vorstand mit vielen neuen und jungen Kolleg\*innen gewählt wurde.

Nach dieser anspruchsvollen Erfahrung geht es mit viel Aktivismus und tollen Projekten in den Herbst: In Wien startet ein neues zivilgesellschaftliches Praxissemester (ZAP), in Graz und Villach findet ein neuer Wirtschaftslehrgang statt: „Neustart

nach Corona – welche Veränderungen braucht die Wirtschaft“. Die Kampagne „Patente freigeben – Pandemie beenden“ nimmt weiter Fahrt auf, und „Mehr für Care!“ geht in die nächste Runde. In den Medien wird breit diskutiert, welche Maßnahmen man zur Bewältigung der enormen Kosten der Coronakrise setzen muss. Auch da bleiben wir präsent mit unseren Vorschlägen zum Lastenausgleich und für gerechte Steuern.

Anfang Oktober erschien das Buch „Klimasoziale Politik“, mitherausgegeben von Attac (siehe Seite 6). Es zeigt einmal mehr, wie eng unsere Schwerpunkte mit dem Klima-Thema verwoben sind. Zum Beispiel heizen die Reichen die Klimakrise viel stärker an als der Rest der Bevölkerung. Sei es, dass sie zum Spaß ins All fliegen (und, noch schlimmer, einen Geschäftszweig daraus machen) oder zur eigenen Profitmaximierung gegen sinnvolle politische Maßnahmen mobil machen. So wird die Frage der gerechten Verteilung auch immer mehr zur Frage der Klimagerechtigkeit. Sollen die Lasten auf die privaten Haushalte abgewälzt werden, während sich etwa die Autoindustrie aus der Verantwortung stiehlt? Attac fordert daher schon lange den Umbau der Wirtschaft. Denn nur auf einem Planeten, der sich nicht weiter erhitzt, ist ein gutes Leben für alle möglich.

Euer Attac Vorstandsteam



**PATENTE FREIGEBEN  
PANDEMIE BEENDEN**

# patente freigeben – pandemie beenden!

warum wir jetzt die chance haben,  
die macht der pharmaindustrie zu brechen

Immer noch sterben täglich zehntausende Menschen an Covid – und das, obwohl es mittlerweile mehrere Impfstoffe gibt, die gegen schwere Krankheitsverläufe schützen. Nach ein- und einhalb Jahren Pandemie können sich viele Menschen im globalen Süden immer noch nicht impfen lassen.

COVAX, der freiwillige Verteilungsmechanismus der WHO für Impfdosen, ist bisher massiv unterfinanziert. Der Patentpool namens C-Tap, über den die Konzerne ihre Rezepte und Technologien freiwillig mit anderen teilen können, ist leer. Trotz hehrer Versprechungen der EU-Kommissionspräsidentin Anfang des Jahres, der Impfstoff sei „öffentliches Gut“, wird die Vermarktung der Impfstoffe von großen, vorwiegend privaten Pharmakonzernen übernommen, die jetzt kräftig an der Pandemie verdienen. Und das, obwohl die Impfstoffentwicklung zum überwiegenden Teil mit öffentlichem Geld

von  
Iris Frey  
und Max  
Hollweg

4

finanziert wurde – durch Vorverkaufsverträge und an öffentlichen Universitäten.

Die großen Pharmakonzerne haben mithilfe von Patenten dafür gesorgt, dass niemand Einblick in die Rezepte für die Impfstoffherstellung bekommt. So können sie selbst entscheiden, wieviel sie pro lebensrettender Dosis verlangen. Recherchen zeigen, dass Biontech und Moderna die Impfungen zu Preisen verkaufen, die teilweise dem 24-fachen der Produktionskosten entsprechen. Ein profitables Geschäft, das neun Pharma-Aktionäre zu Milliarden gemacht hat. Zusammen besitzen sie über 19,3 Milliarden Dollar – genug, um alle Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen zu impfen. Aber es geht nicht nur um die Impfstoffe. Es mangelt auch an Covid-Medikamenten und medizinischer Ausrüstung, die ebenfalls durch Patente beschränkt sind.

**Ein Hoffnungsschimmer:  
der TRIPS-Waiver**

Bei der Welthandelsorganisation (WTO) gibt es seit Oktober 2020 den konkreten Vorschlag, die Patente für die Dauer der Pandemie auszusetzen. Mit dem sogenannten TRIPS-Waiver sollen verschiedene Arten geistiger Eigentumsrechte (Patente und Geschäftsgeheimnisse auf Gesundheitsgüter und -technologien mit Covid-Bezug) für mindestens drei Jahre ausgesetzt werden. Dadurch könnte die weltweite Produktion lebenswichtiger Güter (Corona-Tests, Medikamente, Impfstoffe, Schutzausrüstung und Sauerstoffgeräte) rasch ausgebaut werden. Über 100 Länder unterstützen diesen Antrag bereits, sogar die USA und Australien. Nur die EU-Staaten – auch Österreich –, Großbritannien und die Schweiz sind die letzten großen Blockierer und verteidigen weiter die Profitinteressen ihrer Pharmakonzerne!

Mit unserer Kampagne *Patente freigeben – Pandemie beenden* bauen wir Druck auf, um die Blockade zu überwinden und auch die österreichische Regierung dazu zu bewegen den TRIPS-Waiver zu unterstützen. Jetzt heißt es alle Hebel in Bewegung setzen, denn Ende November 2021 entscheidet die Ministerkonferenz der WTO erneut über den Antrag.

Informiere dich und werde aktiv:  
[patente-freigeben.info](https://patente-freigeben.info)



Attac-Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt

# blümels zockerkunde

## verdeckte werbung im interesse der banken

Seit Mai 2020 erarbeitete das Finanzministerium in Koordination mit EU-Kommission und OECD eine Strategie für „Finanzbildung“ in Österreich. Nach einem Zwischenbericht im März – präsentiert mit dem Chef der Erste Stiftung, Andreas Treichl – wurde die Strategie im September 2021 beschlossen.

Von Beginn an war deutlich, dass das Ministerium den Begriff „Finanzbildung“ auf Veranlagungsstrategien und private Altersvorsorge verengt und ihn so für die Interessen der Banken instrumentalisiert. Die zunehmende Finanzialisierung der Gesellschaft – mit Folgen wie dem Vorrang von Aktionärs-Interessen, Finanzkrisen und Ausbeutung – wird so bereits Schüler\*innen eingetrichtert.

Schon jetzt werden Finanzbildungs-Initiativen oft von Banken durchgeführt. Aber es ist nicht die Aufgabe von Bildung, Finanzprodukte zu bewerben und damit die Profite von

Banken und Versicherungen anzukurbeln. Gerade für Schulen sollten unabhängige Personen ausgebildet werden, die keine Gewinninteressen vertreten.

### Ökonomische Bildung muss Interessen kritisch beleuchten

Auch Vertreter\*innen von Universitäten und pädagogischen Hochschulen kritisieren den zunehmenden Einfluss von Interessenvertretungen wie Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung oder Aktienforum sowie deren Versuche, ein eigenes Fach „Wirtschaft“ nach ihren Vorstellungen zu etablieren. Sozio-ökonomische Bildung sollte wirtschaftliche Zusammenhänge und Interessen kritisch beleuchten – und nicht monetäre Effizienzsteigerung ins Zentrum stellen. Attac wird das Thema weiter kritisch begleiten.

von Julia  
Litofcenko  
und  
David  
Walch

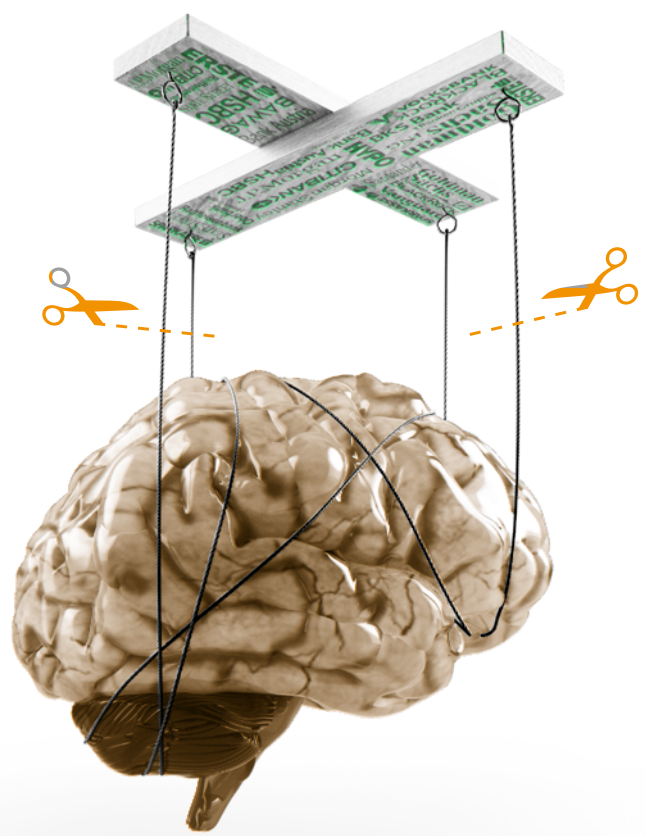
### Kritische Finanzbildung bei Attac: Unser neues Planspiel

Kritische Bildungsarbeit soll nicht nur Informationen vermitteln. Um Wissen wirklich zu verankern braucht es Anknüpfungspunkte im Alltag. Wir müssen uns der eigenen Rolle in systemischen Dynamiken bewusst werden, bevor wir sie verändern können.

Deshalb setzt FinanzAttac mit dem Spiele-Kollektiv Play:Vienna und Kolleg\*innen von Attac Deutschland das „Planspiel Finanzmärkte“ um. Dabei werden komplexe Systeme und ihre Auswirkungen spielerisch erfahrbar. Wie bei Brettspielen gibt es Regeln, Figuren und ein Ziel. Die Gruppe spielt in einem großen Raum mit einer Spielleitung. Die Teilnehmenden erfahren, was es heißt, wenn öffentliche Infrastruktur privatisiert wird, wie Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden und wie die Finanzmärkte Gesundheitssysteme, Wohnbedingungen und sogar soziale Beziehungen prägen.

Das Spiel ist ein Kontrapunkt zur bankengetriebenen Finanzbildungsinitiative. Es macht die Auswirkungen von Finanzmärkten sichtbar und sucht nach Ansätzen, wie wir unsere Ohnmacht angesichts eines übermächtigen Systems brechen können, indem wir ins Tun kommen. Große Theorien haben wir, Alltagshandlungen müssen wir jetzt gemeinsam entwickeln.

Das „Planspiel Finanzmärkte“ bekommt derzeit noch den letzten Schliff und kann ab Frühling 2022 von Schulklassen, Jugendgruppen und anderen Interessierten gebucht werden.



Das „Planspiel Finanzmärkte“ in der Testphase

Kontakt: [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at)

das neue buch von attac, armutskonferenz  
und BEIGEWUM

# klimasoziale politik

Hitzewellen, Ökosteuer-Debatte und Lobau-Proteste bringen die Klimakrise endlich auf die Titelseiten. **Mario Taschwer** vom Attac Vorstand erklärt, warum klimasoziale Politik die Antwort ist und worin die Attac-Perspektive auf das Thema besteht.

**Lisa Mittendrein: Beginnen wir gleich mit dem Titel. Was ist denn klimasoziale Politik?**

**Mario Taschwer:** Klimasoziale Politik ist Politik, die gut für Menschen und Klima ist. Sie verbindet soziale Politik mit Klimaschutz, statt sie gegeneinander auszuspielen. Klimapolitik soll auch ein besseres gesellschaftliches Klima schaffen. Umgekehrt sind viele sozialpolitische Maßnahmen gut für das Klima. Das beste Beispiel ist der Ausbau und kostenlose Zugang zum öffentlichen Verkehr: Nicht nur sinken damit Emissionen und Feinstaubbelastung. Besonders ärmere Menschen, die oft an großen Straßen wohnen, oder Frauen, die seltener ein Auto besitzen, profitieren davon.

**Die Einleitung zum Buch beschreibt bildhaft, wie wir klimasozial leben und arbeiten könnten. Warum ist es so schwierig dort hinzukommen?**

Es gibt gewaltige wirtschaftliche Interessen von Konzernen und Reichen, die im Zentrum des aktuellen Wirtschaftssystems stehen. Die zehn

größten Konzerne der Welt sind fast alle Ölkonzerne – und die wollen so viel Öl wie möglich aus dem Boden pumpen. Um ihre Interessen zu schützen, verhindern sie wirksame Klimapolitik durch ihren Einfluss auf Institutionen und Regierungen und das Verbreiten von Klimalügen. Die meisten Parteien tragen ihr Übriges dazu bei ...

**Was ist die Attac-Perspektive, die du und andere Attac-Autor\*innen in das Buchprojekt eingebracht habt?**

Wir können uns nicht auf „die Politik“ und staatliche Institutionen verlassen, um klimasoziale Politik umzusetzen. Es braucht soziale Bewegungen wie eben Attac und aktive Menschen in ganz Österreich, um wirklich Druck auf Entscheidungsträger\*innen auszuüben. Staatliches Handeln ist tief von wirtschaftlichen Interessen geprägt, deswegen sind unsere Attac-Analysen zu Finanzmärkten, Konzernmacht oder zur EU zentral.

**Du hast zusammen mit FinanzAttac einen Beitrag für das Buch geschrieben. Was haben Finanzmärkte mit der Klimakrise zu tun?**

Extrem viel! Derzeit lenken Finanzaktive Unsummen direkt in schmutzige Bereiche wie fossile Energien, die zur Überhitzung des Planeten führen. Zur Bekämpfung der Klimakrise müssen schmutzige Investitionen verboten und die mächtigen Finanzinstitutionen zerschlagen werden. Nur dann können wir auch demokratisch über klimasoziale Politik mitentscheiden.

Co-Autor  
und Attac  
Vorstands-  
mitglied  
Mario  
Taschwer



© Johann Budin

**Und zum Abschluss: Für wen ist das Buch denn ein geeignetes Weihnachtsgeschenk?**

Für alle, die Interesse an klimasozialer Politik haben. Ich denke, das Buch gibt einen guten Überblick über die (fehlende) Klimapolitik in Österreich und einzelne Politikfelder – angefangen von Armut, Reichtum, Geschlechtergerechtigkeit bis zu Ressourcen und Finanzmärkten. Da ist für alle was dabei. Ich werde es jedenfalls meinen Onkeln und Tanten schenken!



**Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten** (bahoe books 2021, 17 Euro). Erhältlich im Buchhandel und im Attac Shop:

[attac.at/shop](http://attac.at/shop)

# globale mindeststeuer

## reform von reichen staaten für reiche staaten

Im Kampf gegen Konzernsteuertricks haben die G20 im Sommer 2021 eine „globale Steuerrevolution“ verkündet. Doch tatsächlich schaffen die aktuellen Pläne kein gerechtes Steuersystem.

Als wichtigste Maßnahme gegen Gewinnverschiebungen fordert Attac seit vielen Jahren, dass multinationale Konzerne steuerlich als eine Einheit – also mit einem einzigen globalen Gewinn – betrachtet werden. Ihr Gewinn sollte gemäß der (in den jeweiligen Ländern erzielten) realen Wertschöpfung aufgeteilt und besteuert werden. Das Verschieben der Gewinne in Steuersümpfe wäre dann zwecklos.

Nun wollen die G20 dieses Prinzip erstmals umsetzen – allerdings in einer Schrumpfvariante, die grotesk kompliziert, ineffektiv und missbrauchsanfällig ist. Konkret soll nur ein kleiner Bruchteil eines globalen Konzerngewinns, der über einer sehr hohen Gewinnmarge liegt, neu verteilt werden. Und betreffen soll dies nur die weltweit 100 größten Konzerne. Zusätzliche Einnahmen sollen dorthin fließen, wo der Konzernumsatz gemacht wird – also an reiche Staaten mit viel Konsum. Ärmere Staaten mit Rohstoff- oder Produktionsstandorten würden leer ausgehen.

von David  
Walch

**Eine Mindeststeuer, die sich an Steuer-  
sümpfen orientiert**

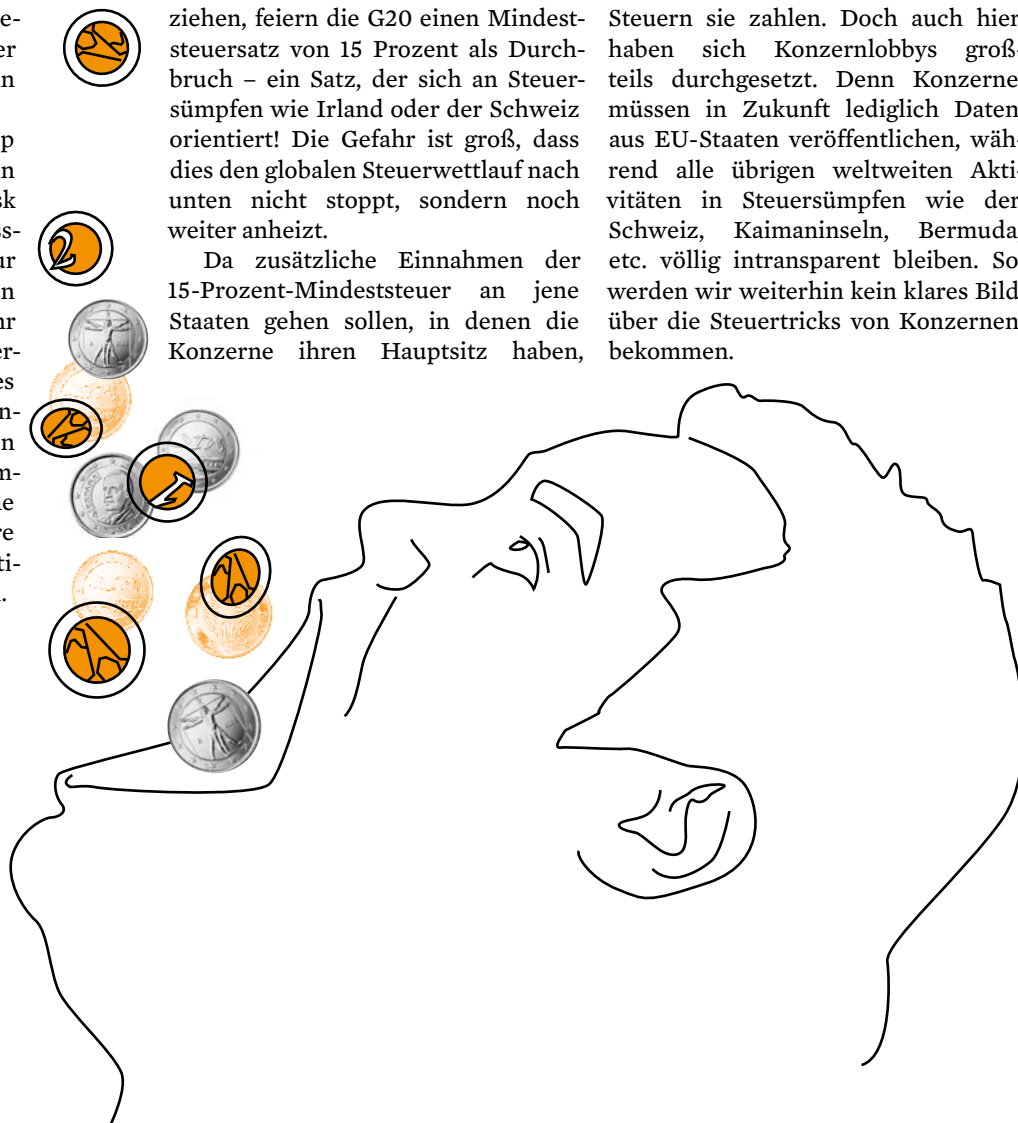
Die „zweite Säule“ dieser Reform beinhaltet die vielgepriesene Mindeststeuer. Sie ermöglicht Staaten eine etwaige Differenz zu einem darunterliegenden Steuersatz in einem Steuersumpf nachzubesteuern. Das wäre prinzipiell ein effektives Mittel gegen die ruinöse Konkurrenz um die niedrigsten Steuersätze. Doch anstatt nun beim Steuerdumping endlich einen Boden von 25 Prozent einzuziehen, feiern die G20 einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent als Durchbruch – ein Satz, der sich an Steuersümpfen wie Irland oder der Schweiz orientiert! Die Gefahr ist groß, dass dies den globalen Steuerwettlauf nach unten nicht stoppt, sondern noch weiter anheizt.

Da zusätzliche Einnahmen der 15-Prozent-Mindeststeuer an jene Staaten gehen sollen, in denen die Konzerne ihren Hauptsitz haben,

werden auch hier reiche Industriestaaten am meisten profitieren. Die Globale Allianz für Steuergerechtigkeit brachte es auf den Punkt: „Jene, die vor über einem Jahrhundert das globale Steuersystem schamlos zu ihren Gunsten manipuliert haben, haben das Spiel erneut für sich entschieden.“

**... und in der EU bleiben Konzern-  
Steuertricks im Dunkeln**

Ebenfalls im Sommer 2021 hat die EU eine Einigung in Sachen Steuertransparenz für multinationale Konzerne verkündet. Grundsätzlich sollte damit öffentlich werden, wo Konzerne ihre Gewinne erwirtschaften und wieviel Steuern sie zahlen. Doch auch hier haben sich Konzernlobbys großteils durchgesetzt. Denn Konzerne müssen in Zukunft lediglich Daten aus EU-Staaten veröffentlichen, während alle übrigen weltweiten Aktivitäten in Steuersümpfen wie der Schweiz, Kaimaninseln, Bermuda, etc. völlig intransparent bleiben. So werden wir weiterhin kein klares Bild über die Steuertricks von Konzernen bekommen.



die zeit für den corona-lastenausgleich  
ist gekommen

# wir können uns die reichsten nicht mehr leisten

16 Milliarden Euro brachte das Pandemiejahr 2020 für die Familie Porsche-Piëch an Vermögenszuwachs – das sind jede Minute 30.000 Euro mehr! Damit besitzen die reichsten Menschen Österreichs nun in Summe 51 Milliarden Euro und kontrollieren mit Volkswagen den größten Konzern Europas. Laut dem Magazin *Trend* gibt es inzwischen 46 Milliardär\*innen im Land. Die meisten von ihnen wurden in der Pandemie noch reicher, denn die Aktienmärkte boomen, die Immobilienpreise steigen, und die staatliche Unterstützung floss großzügig an die großen Unternehmen.

Global gesehen ist das Bild gleich: Laut einer Studie des Institute for Policy Studies ist der Reichtum von Milliardär\*innen weltweit binnen eines Jahres um über 50 Prozent gestiegen. Und es gibt mehr Dollar-Millionär\*innen als je zuvor, berechnete die Credit Suisse.

Es ist also nur logisch: Die Reichsten müssen für die Kosten der Corona-Krise und für die Maßnahmen zum dringend notwendigen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft zahlen.

von Lisa  
Mittendrein



## Der Corona-Lastenausgleich der Reichsten

Pfleger\*innen, Supermarktangestellte und Paketzusteller\*innen haben in den letzten eineinhalb Jahren unverzichtbare Arbeit geleistet. Kinder und ihre Eltern, besonders Alleinerziehende, waren durch die Lockdowns besonders belastet. Wir alle schränken unser Leben immer noch stark ein und leisten unseren Beitrag.

Die Menschen, die die Lasten der Corona-Krise tragen, dürfen nicht auch noch auf den Kosten sitzen bleiben. Deshalb brauchen wir einen Corona-Lastenausgleich, eine einmalige Abgabe der Reichsten:

- Wer mehr als 5 Millionen Euro besitzt, soll davon 10 Prozent abgeben.
- Wer mehr als 100 Millionen Euro besitzt, soll davon 30 Prozent abgeben.
- Und wer mehr als eine Milliarde Euro besitzt, soll einmalig 60 Prozent davon abgeben.

Der Lastenausgleich ist in Raten über fünf Jahre zu zahlen. Es gibt umfassende Ausnahmen für Betriebsvermögen. Alle Informationen zum Corona-Lastenausgleich, prominente Unterstützer\*innen und unsere Petition:

[lastenausgleich.at](http://lastenausgleich.at)

## Neue Berechnungen: Lastenausgleich bringt 75 bis 85 Milliarden

Wir gehen davon aus, dass der Corona-Lastenausgleich der Reichsten 75 bis 85 Milliarden Euro einbringt. Diese neuen Berechnungen beruhen auf der Vermögenserhebung der Europäischen Zentralbank und den Reichenlisten der Magazine *Forbes*, *Trend* und *Vermögensmagazin* sowie vertieften Attac-Recherchen zu den reichsten Familien.

## Internationale Debatte nimmt Fahrt auf

Auch international nimmt die Debatte über Vermögensabgaben Fahrt auf. In Argentinien zahlen die reichsten 10.000 Menschen einmalig bis zu 5,25 Prozent ihres Vermögens. Das hat bisher 2,5 Milliarden Euro eingebracht, obwohl die Gegner argumentiert hatten, dass diese Abgabe aufgrund von möglichen Umgehungen kaum Geld bringen würde. Das zeigt: Vermögensabgaben können schnell und wirksam umgesetzt werden.

Auch in vielen anderen Ländern gibt es inzwischen starke Kampagnen, die sich dafür einsetzen, dass die Reichsten die finanziellen Lasten der Corona-Krise tragen. In Großbritannien fordert die *Wealth Tax Commission* eine einmalige Vermögensabgabe für Personen, die mehr als 500.000 Pfund besitzen.





Attac-Aktion im Mai 2021

Auch im deutschen Bundestagswahlkampf wurde hitzig über den Beitrag der Reichsten diskutiert. Über 100 Organisationen des Bündnisses *Wer hat, der gibt*, an dem auch Attac Deutschland beteiligt ist, forderten eine einmalige Vermögensabgabe. Die deutsche Linkspartei präsentierte ein detailliertes Konzept für eine Vermögensabgabe, die dem Attac Österreich-Vorschlag des Lastenausgleichs sehr ähnelt. Und in der Initiative *Tax me Now* fordern Millionär\*innen die höhere Besteuerung von Millionenvermögen.



#### Inspektorat für Corona-Lasten beschlagnahmt Luxus-Hotel von René Benko

Die Zeit für den Corona-Lastenausgleich ist also gekommen – und wir belassen es nicht nur bei Vorschlägen auf dem Papier. Daher haben wir im Mai 2021 das „Österreichische Inspektorat für Corona-Lasten“ ins Leben gerufen: [coronalasten-inspektorat.at](http://coronalasten-inspektorat.at)

Erste Amtshandlung des künstlerischen Projekts war die Beschlagnahmung des Park Hyatt Vienna, eines Luxushotels im ersten Wiener Bezirk im Besitz des Milliardärs und Immobilienspekulanten René Benko. Grund dafür: Die ausstehende Begleichung des Corona-Lastenausgleichs. Im Falle von René Benkos Vermögen von 4,6 Milliarden Euro ergibt das 2,45 Milliarden Euro – zahlbar in Raten über fünf Jahre. Das Park Hyatt entsprach Benkos erster Anzahlung.

Die Signa Holding, an der Benkos Privatstiftung 90 Prozent der Anteile hält, hat im Vorjahr über eine Milliarde Euro Gewinn verzeichnet. Benkos Signa Prime Selection AG hat während der Pandemie über 200 Millionen Euro an Dividenden ausgeschüttet. Vom deutschen Staat wurde Benkos Warenhauskette Karstadt mit einem 460 Millionen Euro-Kredit gerettet – und fordert nun weitere 200 Millionen Euro. Benkos Signa-Gruppe hält gleichzeitig Karstadt-Immobilien über luxemburgische Firmen, um Steuern zu vermeiden.

wirtschaften für ein gutes Leben für alle!

# mehr für care

Die Covid-19-Pandemie hat sichtbar gemacht, wie wichtig die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit für ein gutes Leben ist.

Die Pandemie hat auch gezeigt, wie schlecht die Arbeitsbedingungen der Sorgearbeit sind und wie ungleich die unbezahlte Arbeit (z.B. Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder Gesundheitsversorgung) verteilt ist. Schon vor der Pandemie schulterten Frauen den Löwenanteil unbezahlter, aber unerlässlicher Tätigkeiten. Home-Office und geschlossene Betreuungseinrichtungen haben diese Last noch massiv vergrößert und damit einhergehende Überlastungen und Abhängigkeiten verstärkt.

Diese Situation und die fehlenden Maßnahmen seitens der Regierung hier grundlegend etwas zu ändern, waren der Anlass für Attac gemeinsam

mit vielen anderen Organisationen, die diese Situation nicht länger hinnehmen wollen, aktiv zu werden. Im Sommer 2020 haben wir mit Femme Fiscala das feministische Konjunkturpaket vorgestellt. Es zeigt, welche Investitionen jetzt nötig sind, um die Wirtschaft vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Sorgearbeit in den Mittelpunkt zu rücken – für ein gutes Leben für alle und für die Rettung des Planeten vor der zerstörerischen Kraft der profitorientierten Wirtschaft!

„Mehr für CARE! Für eine Wirtschaft, die für alle sorgt!“

Unter diesem Motto startete im Februar 2021 eine breitere Organisation. Mehr als 100 Vertreter\*innen verschiedener Organisationen und Bewegungen, die sich für bessere Arbeits-

von  
Elisabeth  
Klatzer  
und  
Alexandra  
Strickner



bedingungen und Einkommen im Bereich der Kindererziehung, der Pflege, der Gesundheitsversorgung, für Alleinerzieher\*innen, für pflegende Angehörige, für finanziell und personell besser ausgestatteten Gewaltschutz und vieles mehr einsetzen, haben im Rahmen in einer Online-Konferenz den Grundstein dafür gelegt, sich gemeinsam für Care als Herzstück eines zukunftsfähigen Wirtschaftens zu organisieren.

*Mehr für Care!* ist eine breite Vernetzung von Personen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vertreter\*innen von Gewerkschaften, von Care Unternehmen, von Wissenschaftler\*innen bis hin zu nicht organisierten Frauen in Care Berufen. Neben verschiedenen „klassischen“ Aktivitäten (etwa eine Petition, Unterstützung für das feministische Konjunkturpaket oder Aktionstage rund um das Thema Care) geht es in unserer Vernetzung auch um folgende Fragen: Wie bauen wir eine breite Bewegung auf, um diesen Umbau der Wirtschaft voranzubringen? Wie beginnen wir anders über die Sorgearbeit zu sprechen, die das Fundament für das Leben und für jede Wirtschaft ist? Wie können wir uns mit anderen Kämpfen, insbesondere der Klimagerechtigkeitsbewegung, verbinden? Und mit welchen Strategien und Aktivitäten können wir diese Veränderung voranbringen?

Wir laden alle ein, bei *Mehr für Care!* aktiv zu werden.

Die aktuellen Termine und Informationen finden sich unter:  
[mehr-fuer-care.at](http://mehr-fuer-care.at)

**Mehr für CARE!** Für eine Wirtschaft, die für alle sorgt

Mehr für CARE!  
Aktionstag in Graz  
(Mai 2021)



# raus aus dem klimakiller-vertrag!

## österreich steht weiter auf der bremsen



Österreich muss aussteigen!

Daher fordert Attac – gemeinsam mit über 400 Organisationen – den Ausstieg Österreichs und der EU aus diesem Klimakiller-Vertrag. Mehr als eine Million Menschen haben die europäische Petition unterzeichnet, die im September 2021 an EU-Energiekommissarin Kadi Simson übergeben wurde. Im September 2021 erklärte der Gerichtshof der EU die Paralleljustiz im Energiecharta-Vertrag sogar für EU-rechtswidrig.

Die Klimakrise kennt nur einzig logische Konsequenz: Eine radikale Energiewende und das schnellstmögliche Aus für fossile Brennstoffe. Doch die Öl-, Gas- und Kohlekonzerne besitzen dagegen eine kaum bekannte Geheimwaffe – den Energiecharta-Vertrag, ECT. Dieser Vertrag zwischen 55 Staaten enthält ein Paralleljustiz-System, mit dem Konzerne Staaten für Klimagesetze abstrafen können, wenn sie ihre Profite gefährdet sehen.

### Für Konzerne geht es um Milliarden

Allein in der EU, Großbritannien und der Schweiz könnten fossile Energiekonzerne Profitminderung ihrer Infrastruktur im Wert von 344,6 Milliarden Euro einklagen. Doch das ist nicht alles: Investoren haben die Möglichkeit, Regierungen auch für zukünftig erwartete Gewinne zu verklagen. Die möglichen Entschädigungsforderungen sind daher noch viel höher. Zudem zeigen Beispiele, dass bereits die Androhung einer Klage dazu führen kann, dass Klimaschutzmaßnahmen abgeschwächt werden.

### Beispiele für Klagen auf Basis des Energiecharta-Vertrages

Der deutsche Energiekonzern RWE verklagt die **Niederlande** auf 1,4 Milliarden Euro Schadensersatz. Grund ist der Beschluss bis 2030 aus der Stromerzeugung aus Kohle auszusteigen.

Auch der Energiekonzern Uniper droht die Niederlande deswegen auf 850 Millionen Euro Schadensersatz zu verklagen. Der Konzern besitzt und betreibt das zweitgrößte Kraftwerk der Niederlande.

Das britische Öl- und Gasunternehmen Rockhopper verklagt **Italien** auf 350 Millionen Euro Schadensersatz, weil das Land sich weigerte, eine Konzession für Offshore-Ölbohrungen in der Adria zu erteilen.

Der britische Energiekonzern Assent Resources verklagt **Slowenien**, weil die Regierung eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangt, bevor es mit der Erdgasexploration durch Fracking beginnt.

von Iris Frey



### Reform zwecklos

Frankreich, Spanien, Polen, Griechenland und Slowenien denken bereits über einen Ausstieg aus dem ECT nach bzw. fordern den Ausstieg der EU. Doch die österreichische Regierung will den Vertrag bislang nur „reformieren“, ein Antrag auf Ausstieg wurde im österreichischen Parlament bis zum St. Nimmerleinstag verschoben. Doch eine „klimafreundliche“ Reform des Vertrages wird scheitern, da kein außereuropäischer Staat diese Option unterstützt und die Zustimmung aller Mitgliedsländer erforderlich wäre.

Nur ein gemeinsamer und wechselseitiger Ausstieg möglichst vieler EU-Staaten schützt vor weiteren Konzernklagen. Denn bei einem einseitigen Ausstieg können Konzerne für weitere 20 Jahre Klagen erheben und so den Übergang zu sauberer Energie behindern. Wir werden weiter Druck machen!

[attac.at/ect](http://attac.at/ect)

Raus aus dem ECT!  
Protestaktion vor dem Haus der EU in Wien (Juni 2021)



© Iris Frey

# entscheidungsjahr für biodiversität: ohne große transformation wird es nicht gehen

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat die Zahl der Säugetiere, Vögel, Fische und Reptilien um etwa 60 Prozent abgenommen. Die genetische Vielfalt von Kulturpflanzen ist stark gesunken, und intakte Lebensräume schwinden. Mit der Biodiversitätskrise verlieren wir nicht nur die Vielfalt und Schönheit unserer Natur – wir verlieren unsere Lebensgrundlage. Der anhaltende Artenverlust ist Zeugnis der verfehlten Politik auf nationaler und internationaler Ebene. Was wir brauchen ist eine rasche und signifikante Trendwende zur Erhaltung und zum Schutz der Biodiversität auf unserem Planeten.

Die nächsten zwölf Monate sind entscheidend für diesen Schutz: Die UN-Biodiversitätskonferenz legt Ziele bis zum Jahr 2030 fest, die EU entscheidet über konkrete Schutzmaßnahmen, und Österreich beschließt die nationale Biodiversitätsstrategie 2030. Aus diesem Anlass haben Attac,

die Dreikönigsaktion, Firdays4Future, Greenpeace und ÖBV Via Campesina Anfang Oktober ein Manifest für Biodiversität veröffentlicht und vor dem Auftakt der UN-Biodiversitätskonferenz an die Klimaministerin übergeben. Für eine echte Trendwende im Biodiversitätsschutz ist vieles nötig, etwa die Verankerung der Rechte indigener und kleinbäuerlicher Gemeinschaften, die wirksame Durchsetzung internationaler Beschlüsse und die Agrarwende. Darüber hinaus sind für Attac vor allem drei Bereiche wichtig:

1. Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften: Statt ungerechten und zerstörerischen Handelsabkommen brauchen wir neue, globale Spielregeln für Produktion und Handel, die gesellschaftlichen Zielen (Wahrung der Menschenrechte, Erreichen der Klimaschutzziele und Erhaltung der Biodiversität) untergeordnet werden.
2. Nein zu Ausgleichsmechanismen und -zertifikaten: Nur „Nettoverluste“ von Biodiversität zu verhindern bedeutet, dass die Zerstörung an einer Stelle durch Schutzmaßnahmen anderswo ausgeglichen werden kann. Das ermöglicht Unternehmen, sich freizukaufen, schafft Profite für jene, die mit diesen Ausgleichszertifikaten handeln und schwächt echte Schutzmaßnahmen.
3. Natur ist keine Ware: Gängige Ansätze wollen angeblich Natur und Biodiversität schützen, indem sie ihren monetären Wert berechnen. Aus der Berechnung des sogenannten „Naturkapitals“ und von „Ökosystemdienstleistungen“ entsteht ein neues Geschäftsmodell, das angeblich grüne Finanzprodukte vermarktet. Doch Natur hat keinen Preis – sie ist ein Wert an sich und unbezahlbar. Ihr Schutz muss über Gesetze und verbindliche Regeln erfolgen, anstatt Profite für Finanzakteure zu ermöglichen.

von Lisa  
Mittendrein

12



Wollen wir unsere Lebensgrundlage – die biologische Vielfalt und funktionierende Ökosysteme – erhalten, bedarf es einer globalen, transformativen und sozial-ökologischen Wende in der Natur- und Wirtschaftspolitik. Zu einem fundamentalen Kurswechsel gibt es keine Alternative.

nach einem jahr pause

# endlich wieder SoAk!

„Mit offenen Armen heißen wir die Attac-Sommerakademie in Traiskirchen willkommen. Es braucht diese gemeinsame, solidarische und positive Kraft einer radikalen globalen Veränderung, die sich an Menschenwürde orientiert und unserem Planeten das Überleben sichert.“

Mit diesen herzlichen Worten eröffnete Bürgermeister Andreas Babler die SoAk 2021 – und die knapp 200 Teilnehmer\*innen und Workshop-Leiter\*innen haben sich wirklich sehr willkommen und wohl gefühlt in der Sport- und Informatik Mittelschule Traiskirchen! Ohne die tolle Unterstützung durch die Stadtgemeinde wäre es kaum möglich gewesen, in so kurzer Zeit (wir konnten ja erst im Mai mit der Planung beginnen) eine Sommerakademie zu organisieren.

Vieles war in diesem Jahr ein bisschen anders ... wegen der Covid-Präventionsmaßnahmen war das Feiern diesmal nicht ganz so ausgelassen wie sonst – aber der guten Stimmung bei den Live Acts (SambAttac, Trio Amarcord +, ALPHA ROMEO & die Winterreifen) tat das keinen Abbruch! Und obwohl die SoAk heuer einen Tag kürzer war, gab es ein tolles inhaltliches Programm mit knapp 40 Workshops und hochkarätig besetzten Podien\*.

Zum SoAk-Thema „Zurück in die Zukunft! Soziale Bewegungen und die Welt nach Corona“ diskutierten Ulrich Brand, Lorena E. Olarte (Universität Wien), Natascha Strobl

(Politikwissenschaftlerin, Autorin) und Mario Taschwer (Ökonom, Attac). Unter anderem zeigte die Debatte sehr klar, dass die Corona-Krise auch schon länger bestehende Probleme besonders sichtbar macht – und die alte Normalität die jetzige Krise überhaupt erst möglich gemacht hat. Den größten Nutzen daraus ziehen autoritäre Politik, digitale und Pharmakonzerne. Die imperiale Lebensweise wird durch die aktuelle Corona-Politik noch verstärkt.

Im Stadtsaal von Traiskirchen führte Lisa Mittendrein (Attac) ein sehr angeregtes Gespräch mit Bürgermeister Andreas Babler über den Umgang der Gemeinde mit der Corona-Krise und die Möglichkeiten solidarischer Politik in der Stadt.

vom SoAk-  
OrgaTeam

13

Zum Abschluss diskutierten vier Expert\*innen über die Zukunft unserer Gesundheit zwischen Profit und Solidarität. Die Botschaft von Helmut Freudenthaler (Zentralbetriebsrat Kepler Uniklinikum), Anna Leder (Physiotherapeutin, Basisgewerkschafterin), Martin Rümmele (Medizinjournalist) und Claudia Wild (Gesundheitswissenschaftlerin, AIHTA): Im Interesse unserer Gesundheit und der Beschäftigten müssen wir Widerstand gegen die Profit- und Privatisierungsinteressen im Gesundheitsbereich leisten!

Es hat unglaublich gut getan, einander „in echt“ wiederzusehen, sich auszutauschen und zusammen an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Der persönliche Kontakt und die angeregten Diskussionen waren motivierend und bereichernd und geben uns neuen Schwung für unser weiteres gemeinsames Tun!

\* Die Podiumsdiskussionen zum Nachsehen:  
[attac.at/sommerakademie](http://attac.at/sommerakademie)



Ein beschwingter Umzug mit tollen Rhythmen von SambAttac führte uns zum Stadtsaal Traiskirchen.



Lisa Mittendrein & Andreas Babler im Gespräch



Trio Amarcord +





Peter Mattmann-Allamand

## DEGLOBALISIERUNG

Ein ökologisch-demokratischer  
Ausweg aus der Krise

ISBN 978-3-85371-489-8, br., 264 Seiten, 22,00 Euro  
E-Book: ISBN 978-3-85371-891-9, 18,99 Euro

PRO MEDIA

[www.mediashop.at](http://www.mediashop.at)

Die Welt ist  
aus den  
Fugen  
geraten –  
nicht erst  
durch die  
Pandemie.



Es gibt kein Zurück in die Zeit vor Corona.  
Es braucht Antworten für die Zukunft und auf  
Pandemie, Wirtschaftskrise, soziale Krisen und  
Klimawandel. Dieses Buch gibt diese Antworten.  
20 ExpertInnen im Interview – mit Lisa Mittendrein  
(Attac), Martin Schenk (Armutskonferenz) u.a.

ISBN: 978-3-9519818-3-3

Preis: 24,90 €

Format: 14,5 x 21 cm, 220 Seiten,  
farbige Abbildungen, Hardcover  
Erscheinungstermin: November 2021

[www.ampuls-verlag.at](http://www.ampuls-verlag.at)

# MEINE ÖH. MEIN HOCHSCHULÖFFNER.



*Politik, die wirkt. Service, das hilft.*

   @bundesoe

Informiere dich über unser umfangreiches  
Beratungsangebot unter [oeh.ac.at/beratung](http://oeh.ac.at/beratung)

**ÖH**  
Bundes-  
vertretung

# IDEEN FÜR POLITIKER\*INNEN

grafikteam@attac.at



Grafikteam

**%attac**



## ZINSENLOSE DARLEHEN FÜR ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

Unterstützen Sie mit Ihrem zinslosen Darlehen Jugend Eine Welt dabei, Bildung zu ermöglichen. Stärken wir gemeinsam den fairen Handel, erneuerbare Energien sowie die Katastrophenhilfe in Ländern des Globalen Südens.



JUGEND  
EINE  
WELT

[www.jugendeinewelt.at/fairesgeld](http://www.jugendeinewelt.at/fairesgeld)  
[darlehen@jugendeinewelt.at](mailto:darlehen@jugendeinewelt.at)

# NUTZEN SIE DIE ATTAC-KANÄLE!

[attac.at/telegram](https://attac.at/telegram)

[twitter.com/attacAustria](https://twitter.com/attacAustria)

[youtube.com/c/AttacAustria](https://youtube.com/c/AttacAustria)

[attac.at/newsletter](https://attac.at/newsletter)

[flickr.com/photos/attac-austria/albums](https://flickr.com/photos/attac-austria/albums)

[instagram.com/attacaustralia](https://instagram.com/attacaustralia)

[facebook.com/attac.at](https://facebook.com/attac.at)

[attac.at/radioattac](https://attac.at/radioattac)



**%attac**

AFRIKA

IMPSTOFFE

PATENTE

PATENT

PATENT

§

§

§

